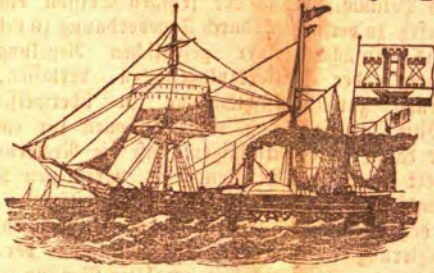


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Ausland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petition 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind **spätestens** bis Nachmittags 2 Uhr
einzuliefern.
Besag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N^o 41.

Memel, Dienstag, den 18. Februar.

1879.

Tages-Chronik.

Den 18. Vorm. 11 Uhr, im Geschäftszimmer der
Kreisgerichts-Gefängnis-Inspection Verkauf von Speise-
abgängen; 12 Uhr, auf dem Hollaj'schen Plage, Werft-
straße No. 2 u. 3., Auktion über eichene Stäbe; Abends
6 1/2 Uhr, im Restaurant Majunat General-Versammlung
der Aktionäre der Neuen Bade-Anstalt; 8 Uhr, Versamm-
lung des Nautischen Vereins im Restaurant Müller.

Wochenschau.

* Memel, den 17. Februar.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, unsere Reichs-
regierung hat sich von der bisher befolgten gemäßigt
freihändlerischen Handelspolitik losgesagt und ist in ent-
schieden schutzöllnerische Bahnen eingelenkt; die Thron-
rede, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, spricht
es klar aus, daß die seit 1865, also mit Abschluß des
Deutsch-Französischen Handelsvertrags eingeschlagene Rich-
tung, da ihr tatsächliche Erfolge nicht zur Seite gestanden
hätten, verlassen und dahin gestrebt werden sollte, daß
wenigstens der Deutsche Markt der nationalen Production
insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamt-
interessen verträglich sei. Es steht nur leider zu befürchten,
daß wenigstens auf dem Wege, den der Reichstanzler be-
treten zu sehen wünscht, die Gesamtinteressen und na-
mentlich unsere auf möglichst ungehinderte Ein- und Aus-
fuhr angewiesenen Seestädte sehr empfindlich geschädigt
werden, wenn wie beabsichtigt wird, die inländischen In-
dustrieerzeugnisse durch die ausländische Concurrenz er-
schwerende Zölle geschützt werden sollen. Die schutz-
öllnerische Strömung hat zwar in den letzten Jahren
im Reichstag unlegbare Fortschritte gemacht; so un-
günstig aber auch die Sachen für die Freihändler
stehen, so ist doch noch immer nicht die Möglich-
keit gänzlich ausgeschlossen, daß es ihnen trotzdem
gelingt, ihren Prinzipien zum Siege zu verhelfen,
jedenfalls werden sie, darauf kann man sich verlassen,
ihre arg gefährdete Position mit aller Energie verteidigen
und wird es demnach an heißen Redekämpfen nicht
fehlen. Nicht minder heftig versprechen die Debatten
über das sogenannte Reichstags-Manuskriptgesetz zu werden;
der Bundesrath hat zwar den ursprünglichen Entwurf nicht
unerheblich abgeschwächt und insbesondere die Bestimmungen
gestrichen, welche sich auf das Einschreiten des Straf-
richters und die Ausschließung der Wählbarkeit bezo-
gen; trotzdem dünkt auch die also amendirte Vorlage,
man kann wohl sagen der überwiegenden Majorität der
Reichsboten, für unannehmbar, da es, falls dieselbe wirk-
lich in Kraft treten sollte, schwer sein dürfte, einen tüchtigen
Präsidenten zu finden. Die bisherige Praxis hat
sich als völlig ausreichend bewiesen; die moralische Ver-
urtheilung, welche in dem Ordnungsrufe und der Ent-
ziehung des Wortes durch den Präsidenten liegt, wiegt
sicher schwerer als die härteste Strafe, die auf Aus-
schreitungen gesetzt wird; auch hat sich unseres Wissens bis
jezt noch kein Abgeordneter, und mochte er noch so extrem
sein, der dem Präsidenten innewohnenden Autorität entzogen
und es war gewiß kein geringer Triumph, den dieselbe
feierte, als kürzlich der Abg. Meyer (Arnswalde) vor
Eintritt in die Tagesordnung freiwillig Abbitte that und
erklärte er sei zu weit gegangen und nehme den von ihm
in einer früheren Sitzung gegen eine außerhalb des
Hauses stehende Person geäußerten Ausdruck „Freiheit“
zurück. Die Sühne war erfolgt, ohne daß es eines be-
sonderen Strafmittels bedürfte; der durch die allgemeine
Mißbilligung ausgeübte Druck zeigte sich als vollständig
stark genug und wird — wir sind fest davon überzeugt
— sich auch stets stark genug für jede Remedur zeigen.
Der Reichstag hat bis jetzt nur eine Sitzung gehalten
und in derselben die Wahl des Präsidenten und des
ersten Vice-Präsidenten vollzogen, die Wahl des zweiten
mußte wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses auf heute
vertagt werden. Möglicherweise kommt sie erst nach
mehreren engeren Wahlen zu Stande, wie dies auch bei
dem Vice-Präsidenten Stauffenberg der Fall war, während
Fordenbeck sofort die absolute Majorität den Vorsitz über-
trug. Die Hauptaufmerksamkeit nahm das Abgeordneten-
haus in Anspruch, in welchem bei Gelegenheit der Dis-
kussion über den von der Budget-Commission er-

statteten Generalbericht sowohl der Handels- als auch
der Finanzminister hoch bedeutende Erklärungen ab-
gaben. Der erstere bekannte sich unumwunden als
Anhänger des reinen Staatsbahnsystems und be-
zeichnete dessen allmähliche Durchführung ebenso wie die
Realisirung des Reichseisenbahnprojektes als seine Auf-
gabe, Herr Gobrecht aber theilte auf Grund einer aller-
höchsten Cabinetsordre mit, daß insoweit durch die Steuer-
reform des Reichs der Matrikularbeitrag Preußens unter
den im Haushaltspro 1879/80 vorgesehenen Betrag sinkt
oder aus den Reichseinnahmen verfügbare Mittel dem
Preussischen Staatshaushalt überwiesen werden und über
diese Mehreinnahmen (resp. Ersparnisse) nicht mit Zu-
stimmung der Landes-Vertretung behufs Bedeckung
der Staatsausgaben oder behufs Ueberweisung eines
Theiles des Ertrages der Grund- und Gebäudesteuer an
die Communalverbände Verfügung getroffen ist, ein vor-
behaltlich der nöthigen Abrundung gleicher Betrag für
das betreffende Jahr veranlagte Klassen- und Klassen-
Einkommensteuer erlassen werden soll. Das Haus billigte
diese Steuerreformvorschlüge und gab auch dem Handels-
minister sein Einverständnis mit dem von ihm vertretenen
Standpunkt dadurch zu erkennen, daß es den Antrag der
Budgetcommission, demzufolge die Staatsregierung aus-
gefordert werden sollte von dem Ankauf von Volkbahnen
unter den gegenwärtigen finanziellen und wirth-
schaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen, aller-
dings mit nur fünf Stimmen Mehrheit ablehnte.
Sehr erfreulich war es für uns als Gem. Memel, daß
Handelsministers die bereits von seinen Vorgängern aus-
gesprochene Ansicht wiederholt zu hören, daß die Bahn-
strecke Tilsit-Memel weniger mit Rücksicht auf Rentabili-
tät als hauptsächlich auf die Melioration unseres so lange
vernachlässigten Landstriches gebaut sei. Wir schöpfen
daraus die tröstliche Hoffnung, daß Herr Maybach auch
Mittel und Wege finden wird, um die weiteren Bahn-
verkehrsvereinerleichterungen, namentlich hinsichtlich der Ein-
beziehung Memels in die directen Tarife z. B. noch
entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Der
Braunschweigische Landtag hat das von der Re-
gierung vorgelegte Regentenschaftsgesetz, welches die Re-
gierung beim Ableben des jetzigen Herzogs einer aus den
jeweiligen Ministern, sowie Landtags-, und Oberlandes-
gerichtspräsidenten bestehenden Regentenschaft und nach Ab-
lauf eines Jahres einem durch letztere aus den Familien
der souveränen Deutschen Fürsten zu entnehmenden, aber
nicht regierenden Prinzregenten überträgt, einstimmig an-
genommen, gleichzeitig aber nicht unterlassen, ausdrücklich
zu constatiren, daß man den Herzog von Cumberland
auf keinen Fall zum Nachfolger wünsche, da sich derselbe
durch seine Weigerung, die Reichsverfassung anzuerkennen,
als Deutscher Bundesfürst unmöglich gemacht habe.

Die Oesterreichische Ministerkrisis hat endlich ihre
Lösung gefunden. Die beiden von den verschiedenen
Schattierungen der Verfassungspartei am heftigsten ange-
feindeten Mitglieder des bisherigen Cabinets, der Con-
seilspräsident Fürst Auersperg und der Sprechminister
Dr. Unger, treten zurück; v. Stremaier übernimmt zum
Unterricht noch den Vorsitz, Graf Taaffe das bereits
länger verwaiste Portefeuille des Innern, die übrigen
Minister bleiben. Es ist dies bei der Zerfahrenheit,
welche unter den verschiedenen liberalen Parteien des Wiener
Reichsrathes herrscht, der beste Ausweg, der sich finden ließ
und wird sich, nachdem die beiden Hauptanstoßsteine aus
dem Wege geräumt sind, voraussichtlich wieder ein besseres
Verhältniß zwischen dem Ministerische und den Ver-
fassungstreuen herstellen. Im Ungarischen Reichstag be-
antwortete Tisza die von Helfy gestellte Anfrage, ob Oester-
reich für die Aufhebung des Artikels 5 des Prager Friedens
eine Gegenconcession von Deutschland erhalten habe, daß es
einer solchen nicht bedürfe; die beste Concession liege in
der Befestigung des zwischen beiden Staaten bestehenden
guten nachbarlichen Verhältnisses. Die Aufhebung der
in Rede stehenden Clausel habe übrigens im Oesterreichisch-
Ungarischen Interesse gelegen, da sie, wenn eine fremde
Macht auf ihrer Ausführung bestanden hätte, Oesterreich
leicht in unangenehme Verwicklungen hätte bringen können.
Auch in Frankreich könne man sich nicht verlegt fühlen,
da der fragliche Zusatz z. B. weder auf Frankreichs, noch

auf Deutschlands, Oesterreichs oder Dänemarks Ver-
langen, sondern auf den ganz speziellen Wunsch des ba-
mals den unberufenen Vermittler spielenden Napoleons III.,
in den Vertrag gekommen sei. Das Versaufen ver-
schiedener Kohlenmächtigen in Osegg, hat, abgesehen von
dem Tode mehrerer Bergleute, die im Wasser umkamen,
für das weltbekannte, namentlich für Rheumatismusleidende
überaus wirksame Bad Teplitz die unangenehme Folge
gehabt, daß plötzlich seine Hauptquelle ausblieb; ob man
sie wieder zum Hervorprudeln bringen wird, ist noch
sehr fraglich.

Gröny hat sein den Republikanern gegebenes Ver-
sprechen, die höheren Gerichts- und Militärstellen von den
der Republik feindlich gesinnten Elementen zu reinigen
gehalten und eine Anzahl ausgeprägt bonapartistisch ge-
sinnter Corpskommandanten und Oberprocuratoren in den
Ruhestand oder an weniger gefährliche Posten versetzt.
Außerdem hat er in der Deputirtenkammer ein Gesetz
einbringen lassen, welches allen denjenigen Communards
Amnestie gewährt, gegen die Verfolgungen eingeleitet,
aber noch nicht beendet sind und die innerhalb drei Mo-
naten nach Erlass des Gesetzes begnadigt werden. Die
Intransigenten und die Bonapartisten verlangen zwar
ausnahmslose Amnestie, werden aber schwerlich durchdrin-
gen, da die überwiegende Mehrheit der Deputirten sich
dem Regierungsvorschlag günstig gestimmt zeigt.

Der Türkisch-Russische Frieden ist nun ebenfalls
unterzeichnet; die Russen versprechen bereits bis zum
1. März das ganze Türkische Gebiet zu räumen. Die
Montenegriner haben Spuz und Podgorica besetzt und
es fehlt demnach nur noch eine Verständigung zwischen
Griechenland und der Pforte, damit der Berliner Ver-
trag wenigstens, was die Territorialveränderungen an-
langt, ganz perfect wird.

Der Kafferkrieg hat sehr unglücklich für die Eng-
länder begonnen; eine Abtheilung ihres Heeres ist voll-
ständig vernichtet worden und ein großer Theil Proviant
und Munition in die Hände des Feindes gefallen, der
außerdem zahlreiche Gewehre und zwei Kanonen erbeutete.
Diese Niederlage wird den Glastoneanern willkommen
Gelegenheit geben in dem eben wieder zusammengetretenen
Parlament gegen das Cabinet Sturm zu laufen. Aus
dem Sattel werden sie es indessen schwerlich heben kön-
nen, dazu hat sich Disraeli durch seine erfolgreiche
orientalische Politik zu sehr in der Gunst des Volkes
festgesetzt, als daß ihn eine Afrikanische Scharte, die aus-
zuwehen jedenfalls alles aufgeboden wird, so ohne Wei-
teres stürzen könnte.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 17. Februar.

In Abgeordnetenkreisen hat man vertraulich die
Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse des
Reichstages ventilirt. Diejenigen, welche sich gegen eine
Adresse aussprachen, betonten, daß eine solche sich nur
dann rechtfertigen ließe, wenn sich der Reichstag entschie-
nen könnte, seine Zustimmung zu dem Bismarck'schen
Programm oder einen bestimmten Gegensatz zu demselben
auszudrücken. Nach beiden Seiten hin fehlt es aber an
einer geschlossenen, in sich einigen Mehrheit und es würde
im Lande kaum verstanden werden, wenn man den In-
teressenkampf, welcher doch wohl die Signatur der bevor-
stehenden Reichstagsverhandlungen abgeben dürfte, schon
in demonstrativer Weise in Scene setzte. Es würde dies
die Zerfetzung sämmtlicher Parteien in einem Augenblicke
fördern, in welchem eine positive Umbildung auch nicht
entfernt projectirt werden kann. Es würde nicht zu um-
gehen sein, daß jede Fraction ihr Programm in einem
eigenen Adressentwurf neederlegte. Die Adressfrage ist
damit erledigt.

Der mit der Ratifikation des Sultans versehene
Russisch-Türkische Friedensvertrag ist nach Petersburg
abgegangen. Die Russische Räumungsbewegung soll be-
reits in zehn Tagen beginnen und ein großer Theil der
zum Abmarsch bestimmten Armee wird in Burgas einge-
schifft werden. In Ost-Rumelien bleiben bis zum Monat
Mai, und zwar unter dem Oberbefehl des Generals Fürst
Dondukow, die zwei Divisionen der Generale Stolypin
und Skobelew in der Gesamtsstärke von 50,000 Mann.

